Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

28.02.2015

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 04.12.2014**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:46 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 18.09.2014 - öffentlicher Teil**
0512/2014
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Frauenpolitische Informationen**
0519/2014
- 5.2 Aktuelle Veröffentlichung des Frauenbüros**
0520/2014
- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7 Sachstand der Umsetzung des Aktionsplans Inklusion**
0392/2014
- 8 Mädchen- und Frauengruppe des Projektes 180° Wende in Bergisch Gladbach**
0465/2014
- 9 Vorstellung des Konzepts zur Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Bergisch Gladbach**
0466/2014
- 10 Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes: Weiterführung des Projektes "Ex-Azubi Treff"**
0467/2014
- 11 Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe
Erstattung von Personalkosten aus dem Härtefallfonds für den Deutschen Kinderschutzbund**
0469/2014
- 12 Haushalt 2015 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**
0491/2014
- 13 Anträge der Fraktionen**
- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Die Vorsitzende begrüßt Frau Dagmar Heiß, sachkundige Bürgerin, als neues Ausschussmitglied, führt sie unter Verlesung des Verpflichtungstextes feierlich in ihr Amt ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die Vorsitzende bedankt sich und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 18.09.2014 - öffentlicher Teil - wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 18.09.2014 - öffentlicher Teil

0512/2014

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Buhleier berichtet über das 4. Filmfestival Nahaufnahme unter dem Titel „Leben in Vielfalt“. Die ausgewählten fünf Filmveranstaltungen wurden von 490 Zuschauerinnen und Zuschauern besucht. 360 Kinder haben im Puppenpavillon ein Puppenspiel zum Thema „Unterschiedlichkeit und Vielfalt“ angeschaut. Neben vielen Kooperationspartnern und –partnerinnen dankt Herr Buhleier Frau Weymans von Kulturbüro des Fachbereichs 4 und Frau Siebenmorgen vom FB 5 Jugend und Soziales für ihre hervorragende Arbeit als Projektleiterinnen.

5.1. Frauenpolitische Informationen
0519/2014

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

5.2. Aktuelle Veröffentlichung des Frauenbüros
0520/2014

Auf Nachfrage von Frau Koshofer antwortet Frau Fahner, die Broschüre „Für’n Appel und ’n Ei“ sei nur in deutscher Sprache veröffentlicht worden.

Frau Stauer hält es für sinnvoll, durch Mehrsprachigkeit die Broschüre auch weiteren Gruppen erfahrbar zu machen, so könne in einzelnen Angeboten auch Sprachelernen spielerisch ermöglicht werden.

Die Vorsitzende stimmt dem zu, gibt aber die Kostensituation zu bedenken.

Frau Fahner stimmt der Idee ebenfalls zu, sieht aber finanzielle Hindernisse hinsichtlich hoher Übersetzungskosten. Sie bietet an, die Möglichkeit der Übersetzung durch Ehrenamtliche zu überprüfen.

Frau Heiß bittet darum, ihr die gewünschten Sprachen mitzuteilen. Sie wolle versuchen, Ehrenamtler für die jeweiligen Übersetzungen zu gewinnen.

Die Vorsitzende bedankt sich für dieses Angebot.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Bartoszewicz berichtet über die vergangene Sitzung des Integrationsrates. Schwerpunktthemen seien die vergangene Klausurtagung und das von Frau Schlich vorgestellte und ausgiebig diskutierte Konzept zur Integration und Betreuung von Flüchtlingen in Bergisch Gladbach gewesen.

Herr Bartoszewicz benennt die in der Klausurtagung festgelegten Arbeitskreise:

Öffentlichkeitsarbeit, Besuch der Vereine, Internationales Kochen, Dialog der Kulturen, Diversity Management, Schule und Bildung, Flüchtlinge.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Information.

7. Sachstand der Umsetzung des Aktionsplans Inklusion
0392/2014

Herr Buhleier kündigt für die nächste Sitzung einen ausführlichen Sachstandsbericht mit einem Rückblick auf 2014 und Planungen für das Jahr 2015 an.

Herr Buhleier bezieht sich auf die Mitteilungsvorlage, in der der Punkt „Stadtteilbegehungen“ nun vorgezogen worden sei, weil sich die Anfang des Jahres erstellte Kostenkalkulation in Höhe von 3.300 € im Laufe des Projektes auf aktuell kalkulierte knapp 10.000 € verändert habe. Der in der Vorlage dargestellte Betrag in Höhe von 14.460 € werde voraussichtlich nicht benötigt. Grund für die Erhöhung sei, dass bei der Stadtteilbegehung ein oder auch zwei Gebärdendolmetscher in Anspruch genommen werden müssten. Dieser Kostenaufwand komme dem Ziel zugute, Beurteilungen von öffentlichen Gebäuden nicht nur von so genannten Experten, sondern auch von Menschen mit Behinderung als Experten in eigener Sache vornehmen zu lassen.

Frau Koshofer ist erstaunt über die Höhe der Kosten, sieht andererseits nach Herrn Buhleiers Erläuterungen das Erfordernis mit Blick auf das gewollte Ziel der Beteiligung.

Auch Herr Dr. Bernhauser heißt es gut, dass der Arbeitskreis „Stadtteilbegehung“ mit Menschen mit verschiedenen Behinderungen besetzt ist. Bezüglich des Kostenaufwandes informiert er, dass Gebärdendolmetscher regulär nach 20 Minuten wechseln müssten. Der Inklusionsbeirat selbst habe nicht nur der Maßnahme, sondern auch den Kosten zugestimmt. Herr Dr. Bernhauser empfiehlt, der Meinung der Experten und des Inklusionsbeirates zu folgen und die ohnehin in den bereitgestellten Mitteln enthaltene Summe entsprechend zu bewilligen.

Herr Buhleier informiert über die Freischaltung des in der Vorlage bereits erwähnten Informationsportals unter der Internetadresse „informierbar.de“. Unter „Bergisch Gladbach“ seien die auf den Prüfstand der Barrierefreiheit gestellten städtischen Gebäude mit unterstützenden Informationen dargestellt.

8. Mädchen- und Frauengruppe des Projektes 180° Wende in Bergisch Gladbach *0465/2014*

Herr Dr. Bernhauser erinnert an das bereits im ASSG vorgestellte und von den Ausschussmitgliedern auch für Bergisch Gladbach angeregte Projekt 180° Wende, das neben den bereits im Bereich „Arbeit mit Migranten“ laufenden Projekten eingepasst werden müsse. Herr Dr. Bernhauser berichtet, der Integrationsrat habe der Maßnahme am Bockenberg bereits zugestimmt. Herr Dr. Bernhauser begrüßt die Durchführung dieses Projektes und spricht sich dafür aus, dem Integrationsrat einstimmig zu folgen. Darüber hinaus sei es wünschenswert, vielleicht im Spätherbst einen Erfahrungsbericht vorgelegt zu bekommen.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Frau Schöttler-Fuchs ebenfalls die prompte Umsetzung des angeregten Projekts.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion den dem Vorschlag der Verwaltung folgenden **Beschluss:**

Der geplanten Maßnahme wird zugestimmt.

Für das Haushaltsjahr 2014 werden 500 € zur Verfügung gestellt.

Für das Haushaltsjahr 2015 werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts 6.000 € zur Umsetzung des Projektes zur Verfügung gestellt.

9. Vorstellung des Konzepts zur Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Bergisch Gladbach *0466/2014*

Frau Schlich bezieht sich auf den Inhalt der Vorlage. Es seien bereits vorhandene Gegebenheiten und gewünschte Entwicklungen dargestellt.

Frau Schlich führt aus, dass zu den im Konzept genannten 309 untergebrachten Menschen aus dem Personenkreis der Flüchtlinge in drei Monaten weitere 100 Menschen aufgenommen worden seien.

Das zunächst durchzuführende ausländerrechtliche Prüfverfahren dauere einige Wochen oder auch Monate. Aus Sicht der Verwaltung sei vorerst nicht mit der Verringerung der Anzahl von Flüchtlingen zu rechnen, so dass dieses Thema auch weiterhin zentral für den Fachbereich 5 sei.

Frau Schlich informiert, die Bewältigung der schwierigen Aufgabe funktioniere nur deshalb, weil die zuständigen Kolleginnen und Kollegen in den letzten Monaten jeden Tag aufs Neue besondere Einsatzbereitschaft gezeigt und motiviert ihr Bestes gegeben hätten. Darauf sei sie sehr stolz.

Frau Schlich berichtet weiter, neben den Unterkünften habe die Verwaltung in den letzten Monaten auch viele einzelne Wohnungen angemietet, auch sei eine Unterstützung durch die Kirchen erfolgt. Auch andere Räume seien hergerichtet worden. Dies seien aber nur Interimslösungen, die zugunsten besserer Wohnräume bald wieder aufgegeben werden sollten. Zumindest in den kleinen Einheiten solle die Privatsphäre der Flüchtlinge erhalten bleiben.

Herr Dr. Bernhauser weist auf die unglaublich hohe Zahl von Menschen, Vereinen und Verbänden hin, die dankenswerterweise bereit seien, Hilfen zu leisten. Auch auf diese Menschen könne die Stadt Bergisch Gladbach stolz sein. Er könne sich dem Mitarbeiterlob von Frau Schlich anschließen. Andererseits sei das Engagement der Bürgerinnen und Bürger freiwillig und umso höher zu werten.

Herr Dr. Bernhauser fragt, ob Hilfsangebote registriert und koordiniert und in ein größeres Hilfenetz eingebunden werden. Es sei ganz wichtig, dass ein positives Feedback an die engagierten Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Kirchen erfolge und dass die Angebote koordiniert würden. Herr Dr. Bernhauser möchte wissen, ob sich auch die GL Service gGmbH als städtischer Sozialbetrieb an den Hilfen für die Flüchtlinge beteilige.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für die ausführliche Vorlage, die viele gute Gedanken enthalte. Schön finde sie auch Frau Schlichs Lob der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das besondere Maß der Wertschätzung gegenüber den betroffenen Personen, die sich auch in der Vorlage wiederfinde.

Frau Schöttler-Fuchs fragt, ob die GL Service gGmbH ein besonderes Angebot für Familien vorhalten könne. Aus der Vorlage sei ersichtlich, dass es sich zur Hälfte um weibliche Flüchtlinge handele. Deshalb schlägt Frau Schöttler-Fuchs vor, diesen in Zusammenarbeit mit dem Frauenbüro die Bergisch Gladbacher Frauengruppen vorzustellen mit dem Ziel des gegenseitigen Kennenlernens.

Herr Aydinlioglu fragt, ob es eine tabellarische Datei gebe, aus der z.B. auch die Berufe der Flüchtlinge ersichtlich seien. Diesbezüglich weist er auf den Fachkräftemangel in Deutschland hin und die Möglichkeit, in einem Arbeitsumfeld auch schneller die deutsche Sprache zu erlernen.

Herr Kuhlen bestätigt, dass es regelmäßig bei der Ankunft der Flüchtlinge eine Datenerhebung gebe, diese werde aber ausschließlich intern verwendet. Andererseits sei die Überlegung richtig, dass die hier ankommenden Menschen sich in der Regel hier ihre berufliche Existenz aufbauten. Zurzeit sei die Verwaltung im Gespräch mit dem Jobcenter, welche Qualifizierungsmöglichkeiten es gebe. Die evangelische Kirche überlege, wie diese Menschen frühzeitig in Praktika übernommen werden könnten.

Herr Tschorny berichtet von einem Diskussionskonsens in seiner Fraktion, die kontinuierliche Fortschreibung des Konzepts, der jeweils veränderten Situation angepasst, zu beschließen.

Herrn Tschorny interessiert außerdem, ob es möglich ist, den Flüchtlingen erforderliche Bescheide zumindest auch in englischer und französischer Sprache zukommen zu lassen. Außerdem möchte er wissen, ob die Verwaltung Hausmeister als Erstanlaufstelle für Flüchtlinge auf mögliche

konfliktbelastete Situationen vorbereite, indem sie Gewaltpräventions- oder Mediationstrainings durchführe.

Aus seiner Erfahrung in der Flüchtlingsbetreuung hält Herr Tschorny es nicht für ausreichend, wenn städtische Sozialpädagogen die Flüchtlinge bei Ankunft beim Kommunalen Integrationszentrum anmelden. Nicht nur wegen der Sprachbarrieren und der fehlenden Ortskenntnis überfordere es diese Menschen, einer schriftlichen Einladung ins Kommunale Integrationszentrum zu folgen. Eine Begleitung, ggf. durch Ehrenamtler, sei sinnvoll.

Unter Bezugnahme auf Punkt 5.5 des Konzeptes weist Herr Tschorny auf das Erfordernis hin, vorrangig die präventive sozialpädagogische Arbeit sicherzustellen, damit es zu Konflikten, die den Einsatz von Polizei oder Ordnungsbehörde nötig machten, möglichst gar nicht erst komme.

Frau Schlich bestätigt, dass die Sozialarbeiter natürlich präventiv mit den Menschen arbeiteten, wenn die Situation dies erfordere. Andererseits komme es auch zu Konfliktsituationen, wenn kein Sozialarbeiter anwesend sei. Frau Schlich berichtet von einem Gespräch mit der Polizei, wonach demnächst deren Besuch in den größeren Einrichtungen geplant sei, u. a. um die Mitarbeitenden zu informieren und zu beraten. Auch Gewaltpräventionskurse für die Hausmeister seien sinnvoll und wurden bereits durchgeführt.

Zum Thema „Sprache der Bescheide“ berichtet Frau Schlich, die Verwaltung sei dafür verantwortlich, wenn sie einen Verwaltungsakt nicht von einem staatlich vereidigten Übersetzer übersetzen lasse und dadurch jemand eine rechtsfehlerhafte Handlung aus diesem übersetzten Bescheid passiere. Eine Übersetzung durch nicht staatlich vereidigte Muttersprachler sei nur in ganz bestimmten Bereichen möglich, wenn daraus keine Rechtsfolgen abzuleiten seien. Die Verwaltung versuche diesbezüglich so viel wie möglich zu leisten.

Frau Schlich berichtet, die GL Service gGmbH habe den Fachbereich 5 in den letzten Wochen insbesondere bei der Renovierung von bereitgestellten Wohnungen und Häusern für die Flüchtlinge sehr gut und schnell unterstützt. Die Unterstützung geschehe u. a. aufgrund der guten Kontakte von Herrn Kuhlen zur GL Service gGmbH. Frau Schlich drückt ihre Freude über diese Hilfestellung aus. Es sei auch geplant, in 2015 - zum Teil in der Flüchtlingshilfe erfahrene - Mitarbeiterinnen der GL Service gGmbH dafür abzustellen, die Koordination für ehrenamtliche Hilfsangebote zu übernehmen. Es sei sehr erfreulich, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereit seien, ihre Kraft für die Unterstützung anderer Menschen einzusetzen.

Frau Schlich führt aus, frauenspezifische Angebote gebe es bislang nicht, werde aber vom Fachbereich 5 mit Unterstützung von Frau Fahner geplant, mit der es bereits gemeinsame Überlegungen gegeben habe. Die spezifische Problemlage von Frauen sei auch einer der Gründe, warum eine Sozialarbeiterin in das die Flüchtlinge betreuende Team der Sozialarbeiter komme. Auch werde auf räumliche Gegebenheiten geachtet. So befänden sich im Lübke-Gebäude die Damen- und Herrenduschen an entgegengesetzten Enden des Gebäudes, um die Privatsphären zu schützen.

Herr Kuhlen bedankt sich für Frau Schlichs lobende Worte. Diese gebe er gerne an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter, die im Moment Großartiges leisteten.

Herr Kuhlen weist grundsätzlich darauf hin, dass aktuell viele Kommunen mit der Flüchtlingssituation überlastet seien. Er bittet deswegen um Nachsicht, dass in der Entwicklung befindliche Dinge möglicherweise noch nicht perfekt seien. Insofern stimme er Herrn Tschorny zu, dass sich das vorliegende Konzept weiterentwickeln und sich den jeweiligen Realitäten auch ein Stück weit anpassen müsse, wie jedes andere pädagogische Konzept der Verwaltung.

Herr Kuhlen freut sich sehr, dass einige Ausschussmitglieder anwesend seien, die mit der Frage ehrenamtlichen Engagements sehr hautnah beschäftigt seien. Ehrenamtliches Engagement habe die Verwaltung vor einigen Monaten in einer Pressekonferenz thematisiert. Mit Frau Heiß habe es dann

ein Gespräch gegeben, wie weit sich die Freiwilligen-Börse dort engagieren könne, die das seitdem sehr intensiv tue. Aber auch die Kirchen hätten ihr Engagement signalisiert. Daneben könne die Stadtverwaltung bestimmte Dinge initiieren und begleiten. Mit dem Ziel, alle Hilfsangebote in einem Gremium zu koordinieren, habe es in der vergangenen Woche einen Runden Tisch „Ehrenamt“ gegeben. Am kommenden Dienstag werde es eine Veranstaltung der Freiwilligen-Börse zum Thema „Ehrenamtliches Engagement“ geben sowie im Januar ein weiteres Treffen des Runden Tisches „Ehrenamt“, in dem die vielfachen Hilfsangebote für Flüchtlinge deren aktuellen Bedarfen gegenübergestellt werden sollten.

Herr Kuhlen nimmt Bezug auf Frau Schlichs Ausführungen und informiert, die GL Service gGmbH sei im Moment sehr intensiv im Bereich der Flüchtlingshilfe tätig. Er wolle noch einmal betonen, dass stadteigene Mitarbeiter der GL Service gGmbH Renovierungstätigkeiten in den angebotenen und oft privat genutzten Wohnungen sehr schnell vorgenommen und damit auch für eine schnelle Belegungsfähigkeit gesorgt hätten. Dies sei angesichts der Anzahl der unterzubringenden Personen zwingend erforderlich gewesen. Aktuell habe sich die Situation etwas entspannt, was jedoch voraussichtlich nicht so bleiben werde.

Herr Kuhlen berichtet, die GL Service gGmbH mit ihrer stadteigenen Beschäftigungsförderung sei auch insofern engagiert, im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes gemeinnützige Arbeit für Flüchtlinge anzubieten. Ihm sei es wichtig zu betonen, dass diese Menschen die ihnen angebotenen Arbeiten sehr gerne tun, weil sie ihnen neben einer sinnvollen Beschäftigung auch die Möglichkeit der Kommunikation und des Deutschlernens gäben. Auch dieser Bereich sei ein Teil der Selbsthilfe von Flüchtlingen für Flüchtlinge. Auch seien im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit Sprachkurse über die GL Service gGmbH durchgeführt worden.

Bezüglich des Themas Gewaltprävention informiert Herr Kuhlen, dass bis auf den zum 01.12.2014 angestellten Hausmeister alle im Rahmen von Deeskalationstraining und Gewaltprävention geschult worden seien. Dieser Standard gelte auch für die Leistungssachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter, die tagtäglich mit diversen Problemlagen befasst seien. Die letzte Fortbildung habe vor zwei Wochen stattgefunden.

Herr Kuhlen ist es auch wichtig, dass angesichts der großen Herausforderung, diesen Menschen und deren Hoffnungen, Wünschen und Erwartungen gerecht zu werden, Bergisch Gladbach im Vergleich zu anderen Kommunen gute Standards in der Flüchtlingsbetreuung habe. So sei er sehr glücklich, dass es zurzeit in Bergisch Gladbach keine Turnhallenunterbringung, keine Containerunterbringung und keine Unterbringung in Zeltdörfern gebe.

Ein besonderer Standard sei, dass Menschen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz alimentiert werden, Mittel aus dem Härtefallfond BuT nutzen könnten. Ein weiterer wichtiger Standard in Bergisch Gladbach sei, dass die Verwaltung in hohem Maße Sprachkurse anbiete. Nur eine flächendeckende Versorgung sei zurzeit noch nicht möglich. Durch den Bund würden Sprachkurse erst nach der Anerkennung der Flüchtlinge als Asylberechtigte und der damit verbundenen allgemeinen Arbeiterlaubnis finanziert.

Die Vorsitzende bedankt sich für das große Engagement der Verwaltung im Rahmen dieser vielschichtigen Probleme. Die Ausschussmitglieder bestätigen dies durch zustimmendes Klopfen. Herr Kuhlen will das Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeben.

Herr Kockmann stellt fest, dass die Verwaltung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten optimale Arbeit leiste. Er fragt, in welcher Form die Verwaltung Flüchtlingen helfen könnte, die gerne einen Job hätten. Eine gezielte Vermittlung in ihren Qualifikationen entsprechende Berufe sei wünschenswert, um diesen Menschen zu helfen, von eigenem Lohn zu leben.

Frau Schlich berichtet, der Aufenthaltsstatus, der auch immer eine Arbeitserlaubnis bedinge, solle künftig bereits nach drei Monaten erteilt werden. Diese drei Monate zählten ab dem Datum der ersten Anhörung zum Asylverfahren. Bis zum Termin der ersten Anhörung wiederum dauere es meistens auch ein halbes Jahr, so dass durchschnittlich der kürzeste Zeitraum, bis eine Arbeitserlaubnis nach neuestem Recht erteilt werden könne, neun Monate seien. Dann sei aber bereits das Jobcenter zuständig. Die Stadtverwaltung biete aber Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen, über die GL Service gGmbH, Arbeitsgelegenheiten an. Für eine sehr intensive Beratung fehle es an Kapazitäten. Ein besonderes Beratungsangebot gebe es aber für ganz junge Menschen, u.a. ein Programm bei der GL Service gGmbH mit dem Ziel, Voraussetzungen zu schaffen, die zu einer schnellen Arbeitsvermittlung führen.

Frau Stauer hält die Jobvermittlung betreffend auch Kooperationen z.B. mit der Kreishandwerkerschaft, mit den Industrie- und Handelskammern usw. für zielführend, parallel zur Arbeit des Jobcenters.

Herr Aydinlioglu schlägt vor, beispielsweise den Frisuren unter den Flüchtlingen einen Raum zu geben, in dem sie intern ihren Beruf weiter ausüben und damit in der Praxis bleiben könnten. Auch könne er sich vorstellen, Ärzte die erforderlichen Voruntersuchungen durchführen zu lassen, mit dem gleichzeitigen Vorteil, dass keine Sprachbarrieren vorlägen.

Herr Kuhlen weist darauf hin, dass im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit sehr intensiv darauf geachtet werde, Menschen mit besonderen beruflichen Hintergründen schon jetzt im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit praktikumsähnlich in bestimmten Fachbereichen unterzubringen. Beispielsweise biete das evangelische Krankenhaus an, Menschen, die aus dem Bereich des medizinischen Gesundheitswesens kommen, in eine Art Praktikum zu übernehmen.

Herr Bartoszevicz teilt mit, dass er sich in den letzten Monaten sehr intensiv mit der Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach befasst habe und dass er ein dickes Lob an die Verwaltung ausspreche. Er zolle ihrer neben der Kernarbeit geleisteten Tätigkeit Respekt. Auch bemühe sich die Verwaltung neben der Kernarbeit, das erfreulicherweise sehr hohe bürgerschaftliche Engagement zu koordinieren.

Auch Herr Tschorny schließt sich dem Lob über die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere des Fachbereichs 5, an. Herr Tschorny bezieht sich auf Herrn Kockmanns Äußerung „unter den herrschenden Bedingungen“ und regt an, dass die Kommunalpolitik dafür Sorge, diese Bedingungen möglichst so zu modifizieren, dass die Verwaltung die Flüchtlinge mit einer „noch optimaleren“ Arbeit erreichen könne. Zu diesem Zweck sei die Erhöhung des Personalschlüssels erforderlich, die seine Fraktion schon seit Monaten thematisiere.

Herr Mumdey warnt mit Blick auf die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes dringend davor, die Personalkosten aufzustocken.

Frau Koshofer würdigt die Arbeit der Verwaltung und der Ehrenamtlichen, hält andererseits Herrn Mumdeys Bedenken für bittere Realität. Sie weist auf einen Film über das soziale Engagement in Bergisch Gladbach hin. In diesem Zusammenhang wolle sie darauf hinweisen, wie wichtig die Erhaltung des guten sozialen Klimas trotz der mangelhaften finanziellen Möglichkeiten sei.

Frau Stauer begrüßt das Vorgehen der Verwaltung, Kapazitäten umzuschichten, um diese riesigen Aufgaben zu bewältigen. Andererseits sei es ratsam, den Fokus auch auf andere Schwache der Gesellschaft zu richten, um das Klima in der Stadt weiterhin positiv zu erhalten.

Die Vorsitzende dankt allen für die Teilnahme an der Diskussion.

**10. Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes:
Weiterführung des Projektes "Ex-Azubi Treff"**
0467/2014

Herr Dr. Bernhauser berichtet, die Caritas könne den Ex-Azubi-Treff nur fortführen, wenn sie die Bundesmittel für das Projekt Jobstarter erhalte.

Herr Buhleier informiert über ein heute mit dem Träger geführtes Telefonat, wonach letzterer immer noch auf den Bescheid warte. Sollte der Bescheid negativ sein, so führt Herr Buhleier weiter aus, sei er recht optimistisch, was einen Plan B mit dem Träger angehe.

Frau Münzer berichtet, dass sie in dieser Woche drei Jugendliche aus dem Ex-Azubi-Treff sehr positiv bei einer Veranstaltung in der Nelson-Mandela-Schule erlebt habe. Es sie darum gegangen, Jugendliche in den Beruf einzugliedern. Frau Münzer überlegt, ob die Jugendlichen in den Jugendhilfeausschuss oder auch in den ASWDG eingeladen werden sollten, um ihre beeindruckende Arbeit selbst vorzustellen.

Die Vorsitzende begrüßt diesen Vorschlag.

Anschließend lässt die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst mehrheitlich gegen die AfD-Fraktion den dem Vorschlag der Verwaltung folgenden

Beschluss:

Der geplanten Weiterführung des Projektes mit finanzieller Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von 18.000 € wird vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zugestimmt.

**11. Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe
Erstattung von Personalkosten aus dem Härtefallfonds für den Deutschen Kinderschutzbund**
0469/2014

Herr Dr. Bernhauser hält den Antrag für berechtigt, etwa 12 % der 30.000 € aus dem Härtefallfonds für den Verwaltungsbereich des DKSB festzulegen. Er gehe von einem Kostenaufwand von mindestens 25 % aus, wenn die Stadtverwaltung die Aufgabe selbst erledige.

Herr Dr. Bernhauser bittet aber darum, die Worte „auch in den Folgejahren“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen und die Mittel nur für das Haushaltsjahr 2015 zu beschließen.

Frau Schöttler-Fuchs betont, sie kenne die Diskussion im Deutschen Kinderschutzbund um die monatlichen Personalkosten in Höhe von 280 €. Der DKSB arbeite sonst mit Ehrenamtlern, habe für diese Stelle aber keinen Ehrenamtler zur Verfügung. Der DKSB brauche auch ein bisschen Planungssicherheit. Um nicht jedes Jahr wieder neu beschließen zu müssen, bittet Frau Schöttler-Fuchs darum, entsprechend dem Verwaltungsvorschlag zu beschließen.

Frau Schlich merkt an, dass letzterenfalls der alljährliche Verwaltungsaufwand für das Erstellen einer neuen Vorlage entfallende. Die Verwaltung finde auch niemanden, der diese Aufgabe günstiger erledige. Dass die Personalkosten lediglich vorbehaltlich der jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel beschlossen werden könnten, sei selbstverständlich.

Herr Dr. Bernhauser stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst einstimmig den dem Vorschlag der Verwaltung folgenden **Beschluss**:

Der Deutsche Kinderschutzbund, Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis, wurde per Ratsbeschluss vom 27.05.2014 berechtigt, für das Jahr 2014 monatlich 280 Euro für Personalkosten zur Bewirtschaftung aus den ihm zur Verfügung gestellten 30.000 Euro des Härtefallfonds zu entnehmen. Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel soll auch in den Folgejahren entsprechend verfahren werden.

12. Haushalt 2015 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen
0491/2014

Herr Dr. Bernhauser merkt an, es fehle bei der Aufzählung der in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Haushaltspositionen das Wohnungswesen. Es habe sich aber im Haushalt des Wohnungswesens im Ansatz für 2015 praktisch nichts verändert. Herr Dr. Bernhauser bittet, die Zuständigkeit dieses Ausschusses für das Wohnungswesen nachzuhalten. Spätestens in der nächsten Sitzung müsse hier auch das Konzept zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes diskutiert werden.

Frau Schlich gibt zu bedenken, dass neben den Haushaltspositionen des Fachbereichs 5 die zugelieferten Haushaltspositionen der weiteren Bereiche zu einer Gesamt-Haushaltsvorlage zusammengefasst worden seien. Im Rahmen der nächsten Haushaltsplanberatungen werde dafür Sorge getragen, dass diese Daten im Bedarfsfall eingeholt werden.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion die dem Vorschlag der Verwaltung folgende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat:

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Teilhaushalte 2015 werden in der Fassung der Vorlage sowie unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse beschlossen.

13. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Anfragen.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.